

SCHULDENSCHNITT MITTELS HESSENKASSE

Stand: 18. September 2017

Berichterstatter: Direktor Jürgen DIETER

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung:

- 1. Das Problem: Auf Hessens Kommunen lasten Kassenkreditschulden in Höhe von 6 Milliarden Euro**
 - 1.1 Hessens Kommunen zählen zu den höchstverschuldeten in der Bundesrepublik**
 - 1.2 Der Befund: Mehr als 6 Milliarden Kassenkredite lasten auf Hessens Kommunen**

- 2. Lösungsansatz: Schuldenschnitt via HESSENKASSE**
 - 2.1 Schuldenschnitt und Verlagerung der Restschuld auf die WI-Bank**
 - 2.2 Schuldenschnitt nur für vom Land anerkannte Kassenkredite**

- 3. Finanzierung der HESSENKASSE zu mehr als 77 Prozent kommunal**
 - 3.1 HESSENKASSE als solche - Jahresvolumen 300 Mio. Euro, 30-Jahresvolumen 9 Mrd. Euro**
 - 3.2 Finanzierungsanteile von Kommunen und Land**
 - 3.3 Eigenanteile der kassenkreditnehmenden Kommunen**
 - 3.3.1. Städte und Gemeinden**
 - 3.3.2. Landkreise profitieren in hohem Maß von der Hessenkasse**
 - 3.3.3 Größte Aufgabe wartet nach Bereinigung der Kassenkredite**
 - 3.4 Schmälerung der Finanzausgleichsmasse**
 - 3.5 Anteil an der "fünften Milliarde" der Bundesmittel zur Kommunalentlastung**
 - 3.6 Fortführung des Fonds Deutsche Einheit als Landesfonds Hessenkasse ab 1.1.2020**

- 4. Investitionshilfen für finanzschwache Kommunen**
 - 4.1 Das Investitionsprogramm als flankierende Maßnahme**
 - 4.2 Stabilität des 200-Mio.-Anteils für das Sondervermögen HESSENKASSE**

- 5. Position des Hessischen Städtetages zur HESSENKASSE**
 - 5.1 Vor der HESSENKASSE: Städtetag fordert Konsolidierungsprogramm**
 - 5.2 Aktuelle Position des Hessischen Städtetages zur HESSENKASSE**

Vorbemerkung:

Das Land Hessen beabsichtigt, mittels einer so genannten HESSENKASSE das Altschuldenproblem der hessischen Kommunen lösen zu helfen, soweit es die rund 6 Milliarden Euro Kassenkredite betrifft. Partner bei der bankgerechten Bewältigung des Problems soll die WIBank sein, die Förderbank für Hessen. Das Land richtet die HESSENKASSE als ein landeseigenes Sondervermögen ein.

1. Das Problem: Auf Hessens Kommunen lasten Kassenkreditschulden in Höhe von 6 Milliarden Euro

1.1 Hessens Kommunen zählen zu den höchstverschuldeten in der Bundesrepublik

Addiert man die Investitionskredite zu den Kassenkrediten, drücken rund 18 Mrd. Euro Schuldenlast nach Abschluss des I. Quartals 2017 auf die kommunalen Kassen in Hessen. Mit mehr als 2.900 Euro je Einwohner ist jeder hessischer Einwohner mit kommunalen Schulden belastet, wenn man die Investitionskredite und die Kassenkredite addiert (siehe **Tabelle 1**).

Stand	31.03.2017	31.03.2017	31.03.2017	31.03.2017	31.03.2017	31.03.2017	31.12.2015
	Inv. Plus Kassenkred. Pro EW	Investitions- kredite je EW	Kassen- kredite je EW	Inv. Plus Kassenkred. Mio. Euro	Investitions- kredite Mio. Euro	Kassen- kredite Mio. Euro	Einwohner
Flächenländer	1.818	1.196	622	138.490	91.101	47.389	76.196.756
Hessen	2.911	1.892	1.019	17.978	11.683	6.295	6.176.172
Saarland	3.630	1.532	2.098	3.614	1.525	2.089	995.597
NRW	2.995	1.526	1.469	53.507	27.267	26.240	17.865.516
Rheinland- Pfalz	3.027	1.521	1.506	12.270	6.164	6.105	4.052.803
Niedersachsen	1.614	1.304	310	12.794	10.335	2.459	7.926.599
Schleswig- Holstein	1.533	1.298	235	4.383	3.711	672	2.858.714
Thüringen	1.274	1.192	82	2.765	2.588	177	2.170.714
Bayern	1.022	1.008	14	13.127	12.951	176	12.843.514
Meck-Pomm	1.187	806	380	1.913	1.300	613	1.612.362
Sachsen	801	771	31	3.273	3.148	125	4.084.851
Sachsen- Anhalt	1.322	722	601	2.970	1.621	1.349	2.245.470
Ba-Wü	722	695	27	7.858	7.563	295	10.879.618
Brandenburg	820	501	319	2.038	1.245	793	2.484.826

Tabelle 1. Quelle: DeStatis, Vorläufiger Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts vom 29.06.2017; Zeichnen des Diagramms: HStT

Damit ist Hessen Teil jenes Quartetts der Gemeinden aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz, NRW und eben Hessen, die mit deutlichem Abstand die Schuldentabelle der bundesdeutschen Kommunen in den Flächenländern anführen (siehe **Diagramm 1**). Bei den Investitionskrediten gar haben Hessens Kommunen den schlechtesten Wert. Mit fast

1.900 Euro je Einwohner liegen sie weit vor dem Trio aus Saarland, NRW und Rheinland-Pfalz, das sämtliche Belastungen unter 1.540 Euro je Einwohner aufweist.

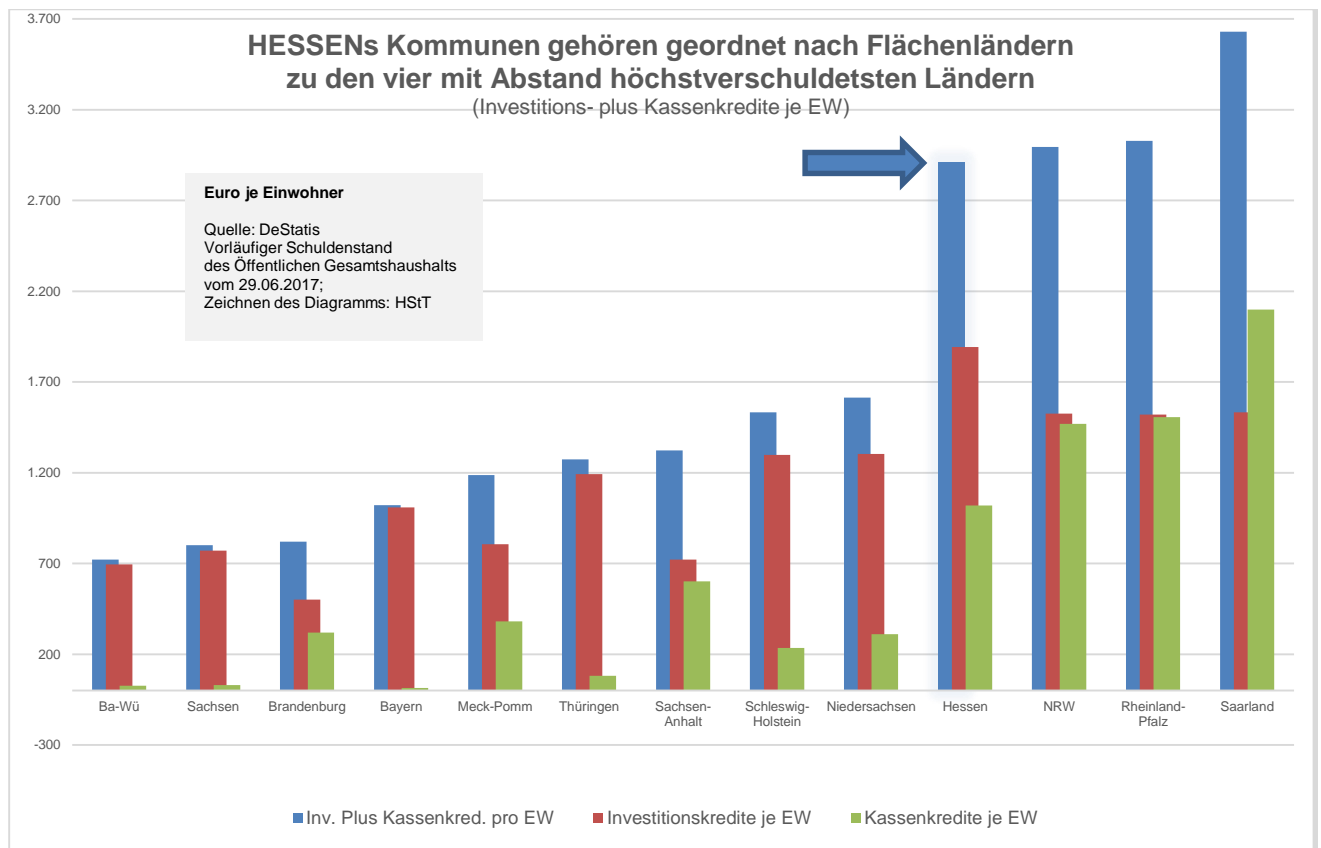


Diagramm 1

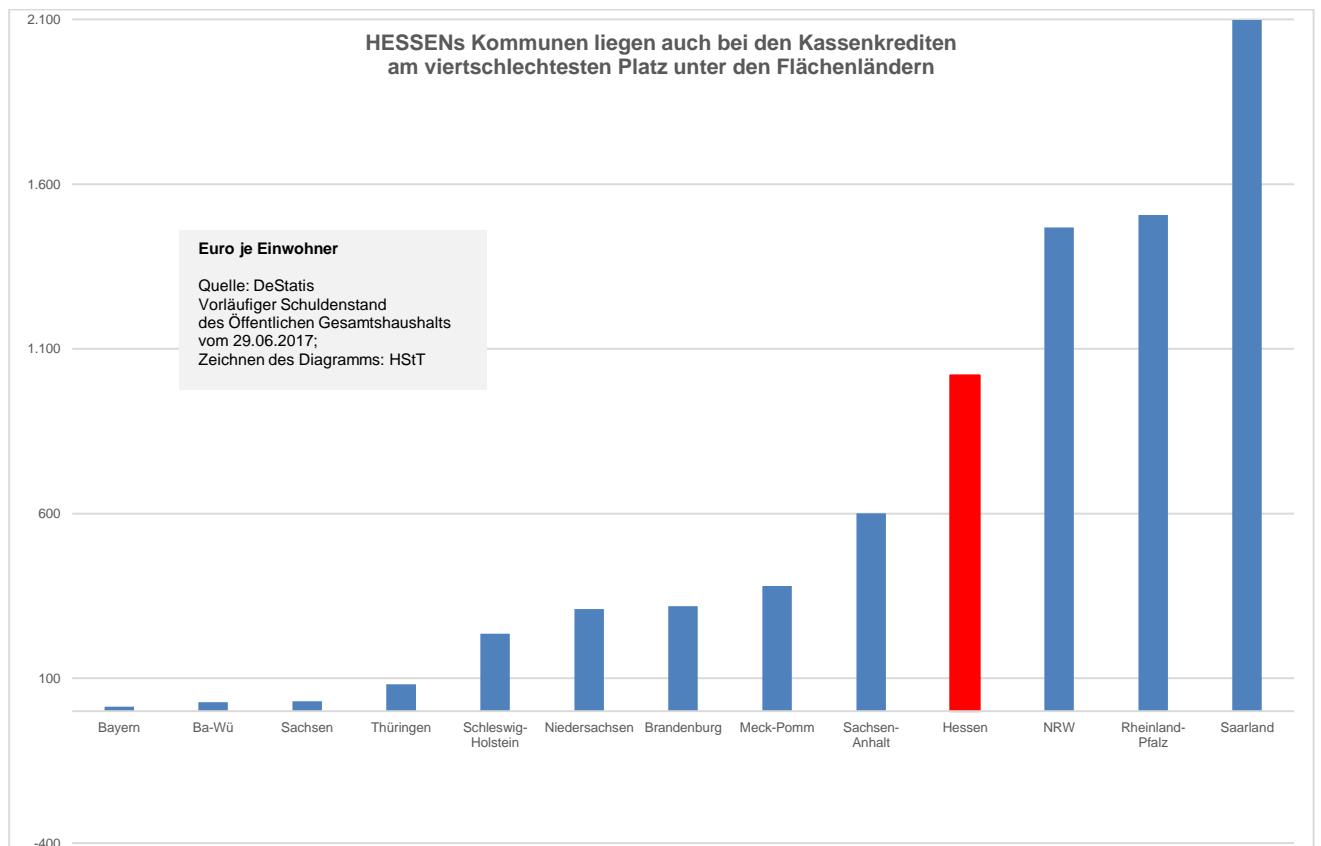


Diagramm 2

Etwas „günstiger“ als bei den Investitionskrediten sind Hessens Kommunen bei den Kassenkrediten platziert. Hier liegen sie an viertschlechtester Stelle (siehe **Diagramm 2**), allerdings mit einem gewissen Abstand zu den höher verschuldeten Kommunen aus NRW und Rheinland-Pfalz und schon sichtbar „besser“ gestellt als die saarländischen Kommunen.

1.2 Der Befund: Mehr als 6 Milliarden Kassenkredite lasten auf Hessens Kommunen

Mehr als 6 Mrd. Euro Kassenkreditschulden lasteten zum 31.12.2016 nach den Daten des Hessischen Statistischen Landesamtes auf den Hessischen Kommunen.

KASSENKREDITE	Einwohner 31.12.2015	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Hessen Summe		6 389 203 178	7 494 043 933	6 627 701 575	6 382 669 560	6 525 468 853	6 246 173 123
Kreise (Krsfrei plus Landkr.)	6 176 172	4 282 630 209	4 930 149 931	4 248 769 627	3 994 187 802	4 044 694 032	3 859 766 314
Kreisfreie	1 485 977	1 298 119 952	1 652 487 229	1 237 478 505	967 389 696	985 942 783	808 644 201
Landkreise	4 690 195	2 984 510 257	3 277 662 702	3 011 291 122	3 026 798 106	3 058 751 249	3 051 122 113
Kreisangehörige	4 690 195	2 106 572 969	2 563 894 002	2 378 931 948	2 388 481 758	2 480 774 821	2 386 406 809
Summe HStT kreisangehörige	1 830 414	1 005 071 677	1 256 515 817	1 168 509 364	1 149 620 729	1 199 595 277	1 230 576 789
Summe HStT	3 316 391	2 303 191 629	2 909 003 046	2 405 987 869	2 117 010 425	2 185 538 060	2 039 220 990

Tabelle 2: Quelle der Daten: Hessisches Statistisches Landesamt und Hessisches Innenministerium; alle Zahlen außer Einwohnern: Euro. Zeichen der Tabelle: HStT

KASSENKREDITE/EW	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Hessen Summe	588	690	610	587	601	575
Kreise (Krsfrei plus Landkr.)	693	798	688	647	655	625
Kreisfreie	874	1 112	833	651	663	544
Landkreise	636	699	642	645	652	651
Kreisangehörige	449	547	507	509	529	509
Summe HStT kreisangehörige	549	686	638	628	655	672
Summe HStT	694	877	725	638	659	615

Tabelle 3: Quelle der Daten: Hessisches Statistisches Landesamt und Hessisches Innenministerium; alle Zahlen außer Einwohnern: Euro. Zeichen der Tabelle: HStT

Die Kassenkredite hatten sich zum Stand 31.12.2016 zwar von ihrem Höchststand im Jahr 2012 zurück entwickelt (vgl. oben **Tabelle 2** mit den absoluten Zahlen, **Tabelle 3** mit Einwohnerbezug – jeweils für die Jahre 2011 bis 2016 und jeweils für die Gruppen der kommunalen Gebietskörperschaften). Trotzdem steht nicht zu erwarten, dass die Kassenkredite in absehbarer Zeit ohne weiteres auf „null“ zurückzuführen wären oder jedenfalls auf einen Stand, der ihrer Funktion als Ausgleich für volatile Liquiditätsschwankungen gerecht werden würde.

Mittlerweile gibt es eine verfeinerte Statistik, die auf Erhebungen der WIBank¹ beruht.

2. Lösungsansatz: Schuldenschnitt via HESSENKASSE

2.1 Schuldenschnitt und Verlagerung der Restschuld auf die WI-Bank

Die Landesregierung will die Kassenkredite der hessischen Kommunen – rund 6 Mrd. Euro – ab 1.7.2018 aus den kommunalen Büchern nehmen. Mittels Finanzierung durch die

¹ Dazu unten 2.2. Die WIBank ist die Förderbank für Hessen - <https://www.wibank.de/wibank/diewibank>

speziell dafür eingerichtete "Hessenkasse" soll die WIBank die Schulden ab diesem Stichtag übernehmen. Die betroffenen Kommunen sollen sie mit festen Raten von 25 Euro je Einwohner anstelle von Zins und Tilgung spätestens binnen 30 Jahren abtragen. Dies schließt sowohl den eigenen Beitrag des Landes zur Hessenkasse als auch den erheblichen Anteil an dem flankierenden Begleitprogramm für kommunale Investitionen ein.

Die Grundkonzeption der HESSENKASSE setzt an den ursprünglichen Daten des Statistischen Landesamtes an.

Danach hatten die Städte, Gemeinden und Landkreise Kassenkreditschulden zum 31.12.2016 in Höhe von rund 6 Mrd. Euro. Bei einer über 30 Jahre anzusetzenden Zinslast – gerechnet mit 2 Prozent Zinsen – würde weitere 3 Mrd. Euro an Finanzbedarf auslösen. Somit muss die Hessenkasse ein Volumen von rund 9 Mrd. Euro im Dreißigjahreszeitraum auf "Null" bringen. Start ist der 1.7.2018. Zu diesem Zeitpunkt sollen die Kassenkredite auf die WI-Bank "umgelegt" worden sein.

Das so errechnete Gesamtvolumen von rund 9 Mrd. Euro muss bei 30 Jahren Laufzeit jährlich mit 300 Mio. Euro bedient werden. Das Volumen von 9 Mrd. Euro geteilt durch 30 Jahre ergibt einen jährlichen Aufwand von 300 Mio. Euro.

Die Kassenkredite werden auf einen Zeitpunkt (Stichtag) vor dem 1.7.2018, wahrscheinlich den 31.12.2016 oder 31.3.2017, vielleicht sogar den 30.6.2017, festgeschrieben.

Das zuständige Ministerium hat die mit Kassenkrediten belasteten Kommunen aufgefordert, die Kassenkredite zu benennen, welche für Investitionen verwendet worden sind. Wahrscheinlich kommt es so: Die jeweilige Kommune darf wohl den für die Finanzierung von Investitionen eingesetzten Kassenkredit in einen Investitionskredit umwandeln, ohne aber insoweit am Schuldenschnitt der Hessenkasse teilzuhaben.

Der Schuldenschnitt bedeutet für die kassenkreditnehmenden Kommunen: Ihre eigentliche Kassenkreditschuld wird zunächst auf die Hälfte geschnitten. Zudem muss sie nicht mehr für Zinsen aufkommen.

Auch der auf die Hälfte geschnittene Betrag bleibt nicht in den kommunalen Büchern. Er wird auf die WIBank übertragen. Die WI-Bank verrechnet die Zahlungen der einst kassenkreditverschuldeten Städte zu 25 Euro je Einwohner von der bei ihr bestehenden Verbindlichkeit so lange, bis die Verbindlichkeit in vollem Umfang befriedigt ist.

Der Rechenweg ist denkbar einfach:

- Kassenkredit (KK) je EW: vom Land als Kassenkreditvolumen anerkannte Summe geteilt durch die Einwohner der Stadt.
- Verbleibende Verbindlichkeit bei der WI-Bank (Schuldenschnitt): KK je EW geteilt durch zwei.
- Dauer der Abtragungspflicht in Jahren: Verbleibende Verbindlichkeit bei der WI-Bank/25.

Als besonders günstige Gestaltung tritt für die besonders hoch verschuldeten Kommunen noch hinzu: Haben sie ihre auf die Hälfte geschnittenen Kassenkreditschulden auch nach 30 Jahren noch nicht vollständig getilgt, obwohl sie ihre 25-Euro-Zahlpflicht erfüllt haben, wird ihnen die Restschuld erlassen.

Land und Kommunen werden gemeinsam darauf zu achten haben, dass die Entschuldung von Kassenkrediten nicht Nachteile bei künftigen, auf "Finanzschwäche" der Kommunen abstellenden Bundesprogrammen nach sich zieht.

2.2 Schuldenschnitt nur für vom Land anerkannte Kassenkredite

Eine bereits auf das Modell der HESSENKASSE zugeschnittene Abfrage hat vor allem die zur Liquiditätssicherung verwendeten Kassenkredite im Blick (vgl. unten **Tabelle 4**, Zeile 8). Bei den Landkreisen und kreisangehörigen Städten und Gemeinden liegen die zur Liquiditätssicherung zugeordneten Beträge deutlich unter den Kassenkrediten nach der Statistik zum 31.12.2016. Bei den kreisfreien Städten dagegen hat die Abfrage ergeben, dass die zur Liquiditätssicherung eingesetzten Kredite die Zahlen der Kassenstatistik sogar übertreffen (vgl. Tabelle 4, Zeilen 6 und 8).

Ob überhaupt und gegebenenfalls in welcher Höhe das Finanzministerium auch jene Kassenkredite anerkennt, die zur Vorfinanzierung von Investitionen und öffentlichen Forderungen dienen oder an Eigenbetriebe oder Eigengesellschaften weiter gereicht worden sind, ist nicht abschließend geklärt.

	Summe	Landkreise	Kreisfreie	Kreisang.	Sonderstatus	Krsang. bis 50.000
1 Euro						
2 Einwohner	6.176.172	4.690.195	1.485.977	4.690.195	486.110	4.204.085
3 Zahl	444	21	5	418	7	411
4 Kassenkreditnehmende Kommunen	274	20	4	250	4	246
5 Zinsen 2018	60.462.732	25.261.650	18.975.582	16.225.500	4.687.700	11.537.800
6 Kassenkredite Statistik 31.12.2016	6.246.173.123	3.051.122.113	808.644.201	2.386.406.809		
7 Restschuld 01.09.2017 - Abfrage	6.320.744.847	2.885.004.859	1.083.787.210	2.351.952.778	561.375.050	1.790.577.728
8 Liquiditätssicherung	5.754.146.188	2.558.575.948	1.062.730.591	2.132.839.650	459.377.388	1.673.462.261
9 Vorfinanzierung Investitionen	216.440.906	69.237.967	41.610.677	105.592.262	19.587.405	86.004.857
10 Vorfinanz. öffentlich-rechtlicher Forderungen	222.161.029	181.219.525	6.485.300	34.456.204	19.874.457	14.581.747
11 Weiterreichen Eigenbetrieb,-gesellschaft	85.000.082	19.100.106	5.000.000	60.899.976	50.035.800	10.864.176
12 Liquide Mittel	385.649.030	50.449.672	25.140.924	310.058.435	20.045.898	290.012.537
13 sonst. Vermögen	49.581.803	42.617.459	0	6.964.344	0	6.964.344

Tabelle 4: Quelle der Daten Zeilen 3, 5-11: WIBank, Ergebnisse der Kommunalabfrage, Stand 04.09.2017, sonstige Quelle wie Tabelle 1 alle Zahlen außer Einwohnern: Euro. Zeichen der Tabelle: HST; Zeichen der Tabelle: HST

1	Prozentanteil an Gesamt	Summe	Landkreise	Kreisfreie	Kreisang.	Sonderstatus	Krsang. bis 50.000
2	Einwohner	4.690.195	4.690.195	1.485.977	4.690.195	486.110	4.204.085
3	Zinsen 2018	100,00%	41,78%	31,38%	26,84%	7,75%	19,08%
4	Kassenkredite Statistik 31.12.2016	100,00%	48,85%	12,95%	38,21%		
5	Restschuld 01.09.2017 - Abfrage	100,00%	45,64%	17,15%	37,21%	8,88%	28,33%
6	Liquiditätssicherung	100,00%	44,46%	18,47%	37,07%	7,98%	29,08%
7	Vorfinanzierung Investitionen	100,00%	31,99%	19,22%	48,79%	9,05%	39,74%
8	Vorfinanz. öffentlich-rechtlicher Forderungen	100,00%	81,57%	2,92%	15,51%	8,95%	6,56%
9	Weiterreichen Eigenbetrieb,-gesellschaft	100,00%	22,47%	5,88%	71,65%	58,87%	12,78%
10	Liquide Mittel	100,00%	13,08%	6,52%	80,40%	5,20%	75,20%
11	sonst. Vermögen	100,00%	85,95%	0,00%	14,05%	0,00%	14,05%

Tabelle 5:Quelle der Daten Zeilen 3-5, 7-13: WIBank, Ergebnisse der Kommunalabfrage, Stand 04.09.2017, sonstige Quelle wie Tabelle 1 alle Zahlen außer Einwohnern: Euro. Zeichen der Tabelle: HStT; Zeichen der Tabelle: HStT

3. Finanzierung der HESSENKASSE zu mehr als 77 Prozent kommunal

3.1. HESSENKASSE als solche - Jahresvolumen 300 Mio. Euro, 30-Jahresvolumen 9 Mrd. Euro

Zur HESSENKASSE als solche müssen die Kommunen rund 80 Prozent der Mittel bereitstellen, gut 20 Prozent steuert das Land bei (siehe **Diagramm 3**). Damit hat die HESSENKASSE die Funktion einer „Hilfe zur Selbsthilfe“, genauer einer Hilfe des Landes für die kommunale Familie, die sich zum größten Teil des Projektes selbst helfen muss.

Für die von den Kassenkrediten betroffenen Kommunen ist wichtig: Sie zahlen als unmittelbare eigene Beteiligung nur ein Drittel, also rund 100 Mio. Euro jährlich. Rund 140 Mio. Euro pro Jahr trägt nach den Planungen des Landes die kommunale Gemeinschaft bei, rund 60 Mio. jährlich das Land.

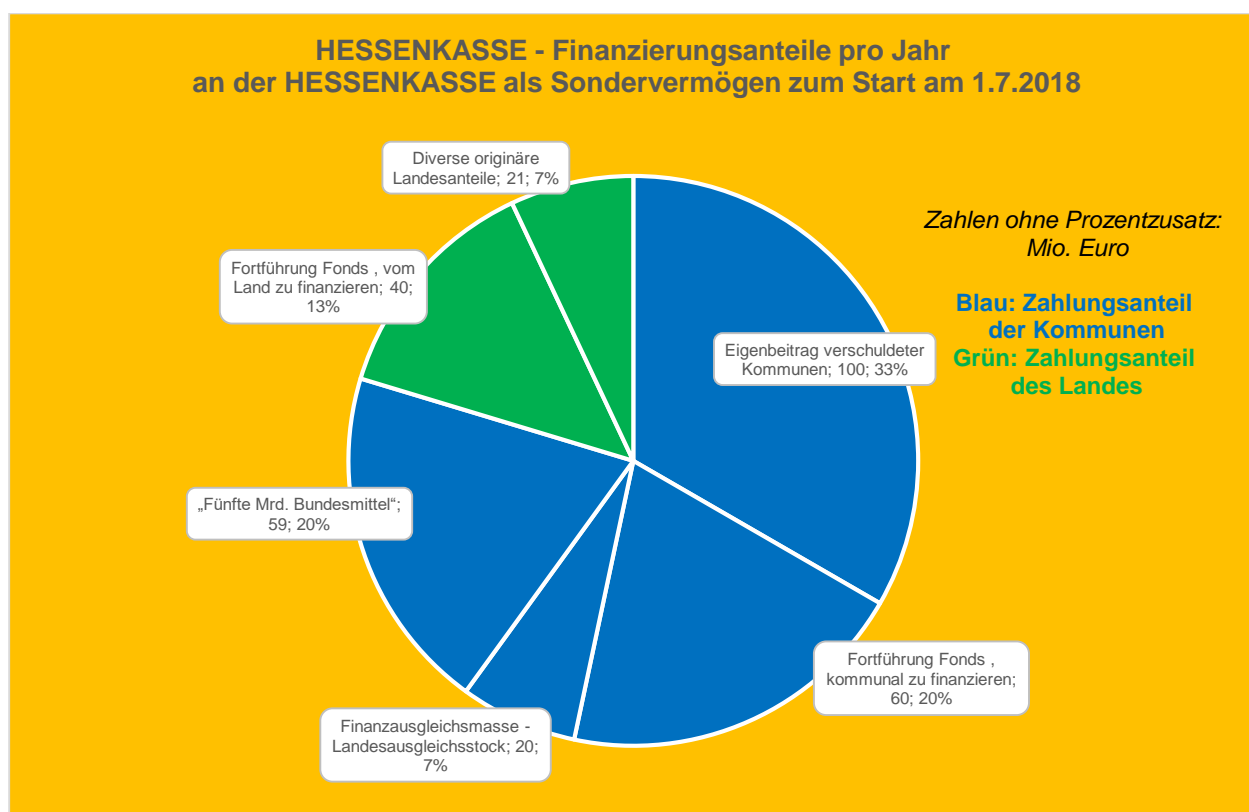


Diagramm 3: Quelle der Daten HMdF, Zeichen des Diagramms HStT

3.2 Finanzierungsanteile von Kommunen und Land

Das Land beteiligt sich nach bisheriger Erklärung mit etwas mehr als 20 Prozent an der zunächst mit einem Volumen von 9 Mrd. Euro berechneten HESSENKASSE. Im Diagramm sind die Landesanteile in grüner Farbe gehalten.

Das Land beabsichtigt, sich für die Hessenkasse zu engagieren durch einen Anteil in einer Quote von

- 13 Prozent, das sind 40 Mio. Euro/Jahr oder 1,2 Mrd. Euro in 30 Jahren, dadurch, dass es seine bisher an den Fonds Deutsche Einheit geleisteten Zahlungen weiterhin in derselben Höhe für einen Landesfonds Hessenkasse² fortentrichtet.
- 7 Prozent, das sind 21 Mio. Euro/Jahr oder 0,63 Mrd. Euro in 30 Jahren, durch originäre Landesmittel, die verschiedenen Haushaltsprodukten entstammen werden.

Die Kommunen sollen sich nach Vorstellung der Landesregierung mit knapp 80 Prozent beteiligen durch einen Anteil in einer Quote von

- 33 Prozent, das sind 100 Mio. Euro/Jahr oder 3,0 Mrd. Euro in dreißig Jahren, dadurch, dass die kassenkreditnehmenden Kommunen mit einem Beitrag von 25 Euro je Einwohner ihrer Gebietskörperschaft das bei der WI-Bank umgewidmete, auf die Hälfte geschnittene Kassenkreditvolumen abtragen.
- 7 Prozent, das sind 20 Mio. Euro oder 0,6 Mrd. Euro in dreißig Jahren, aus der Finanzausgleichsmasse. Die Mittel sollen konkret dem sog. "Landesausgleichsstock" entnommen werden.
- 20 Prozent, das sind 59 Mio. Euro oder 1,77 Mrd. Euro in dreißig Jahren, dadurch, dass die den Kommunen gewidmeten Mittel aus der "fünften Bundesmilliarde" zur Finanzierung der Hessenkasse eingesetzt werden.
- 20 Prozent, das sind 60 Mio. Euro oder 1,8 Mrd. Euro in dreißig Jahren, dadurch, dass der zum 31.12.2019 auslaufende Fonds Deutsche Einheit als Landesfonds Hessenkasse³ fortgeführt wird.

Die Bewertung der kommunalen Zahllasten aus der Hessenkasse stellt sich wie folgt dar:

² Die Bezeichnung ist vorläufig und stammt vom Verfasser. Das Land findet mutmaßlich eine andere Bezeichnung.

³ Siehe FN 3

Einen deutlich höheren Anteil wird das Land an dem von ihm beabsichtigten, die HESSENKASSE, Investitionsprogramm mit einem Volumen von 0,5 Mrd. Euro übernehmen.⁴

Zur Frage der Finanzierungsanteile an der HESSENKASSE hatte die Geschäftsstelle des Hessischen Städtetages die Auffassung vertreten, dass man die HESSENKASSE als solche und das als flankierend anzusehende Investitionsprogramm des Landes getrennt betrachten sollte. An dem 9-Mrd.-Sondervermögen HESSENKASSE beteiligt sich das Land zu rund 20 Prozent, an der Finanzierung des im Volumen deutlich niedrigeren 0,5-Mrd.-Investitionsprogramms zu zwei Dritteln.

Das Finanzministerium indessen legt Wert darauf, beide Maßnahmen als Einheit zu betrachten und seinen Finanzierungsanteil bei 2,13 Mrd. Euro des insgesamt 9,5 Mrd. Euro umfassenden Programms zu erachten. Dies entspricht dann einem Finanzierungsanteil von rund 22,5 Prozent⁵.

Diese Ausarbeitung unterscheidet daher nach den Finanzierungsanteilen an der „HESSENKASSE als Sondervermögen“ (9 Mrd. Euro – rund 20 Prozent Landesanteil) und den Finanzierungsanteilen an dem Projekt HESSENKASSE, also unter Einschluss des Investitionsprogramms (9,5 Mrd. Euro – rund 22,5 Prozent Landesanteil).

3.3 Eigenanteile der kassenkreditnehmenden Kommunen

Zu einem Drittel, rechnerisch mit insgesamt 3 Mrd. Euro, sollen die kassenkreditnehmenden Kommunen zur Hessenkasse beitragen, indem sie ihre auf die Hälfte des ursprünglichen Kreditvolumens geschnittene Restschuld begleichen. Der Eigenanteil der kassenkreditnehmenden Kommunen ist zum einen für sie selbst, zum anderen im kreisangehörigen Raum mit Blick auf die sich erhöhende Kreisumlage zu betrachten.

3.3.1. Städte und Gemeinden

Für die kassenkreditnehmenden Städte und Gemeinden bietet die Hessenkasse wohl so hohe Vorteile, dass aus deren Sicht regelmäßig nur eine Zustimmung zur Hessenkasse in Betracht kommt.⁶ Die höchst verschuldeten Städte hätten ohne die Hessenkasse wohl keine Perspektive, jemals noch diese Schulden abzutragen.

⁴ Siehe dazu unten 4.

⁵ Genau sind es 0,22421053 Prozent (2,13 Mrd. Euro geteilt durch 9,5 Mrd. Euro).

⁶ Diese Einschätzung folgt auch den Erkenntnissen der Geschäftsstelle aus zahlreichen Gesprächen im August/September 2017 - aus den Telefonkonferenzen und den Tagungen mit den kreisangehörigen Kämmererinnen und -leitern.

Für Städte allerdings, die einen hohen Beitrag in die Landeskasse Hessenfonds zu zahlen haben, kann eine genaue Rechnung andere Schlüsse nahe legen. Hier kann im Falle nicht sehr hoher Kassenkredite trotz des Schnitts bei den eigenen Schulden per Saldo der Solidaritätsanteil überwiegen⁷.

Hinzu kommt die folgende Erwägung. Je geringer die Kassenkredite und je flexibler deren Finanzierung, desto stärker gilt: Es kann sich für eine Kommune rechnerisch als nicht so vorteilhaft erweisen, ihre Kassenkredite aufgrund der Festbetragsregelung von 25 Euro relativ rasch in einer Zeit abtragen zu müssen, in der sie mutmaßlich aufgrund des – noch – billigen Geldes eine günstige Finanzierung ermöglichen könnte. So berichtet eine kreisangehörige Kommune, dass es ihr trotz eines ansehnlichen Kassenkreditbestandes regelmäßig gelingt, für ihr gesamtes Kassenkreditportfolio die derzeitige günstige Zinslage auszunutzen. Sie fürchtet kein Zinsänderungsrisiko, weil sie den Markt so genau beobachtet, dass sie sich bei drohendem Zinserhöhungsrisiko innerhalb kurzer Frist für eine längerfristige Kreditbindung entscheiden kann.

Generell herrscht die Sorge, dass kassenkreditverschuldete Städte nach der Bereinigung durch die Hessenkasse den Anteil von 25 Euro je Einwohner – und den Anteil erhöhter Kreisumlage wegen der 25-Euro-Verpflichtung ihres Landkreises⁸ - schultern müssen, ohne einen Kassenkredit aufnehmen zu dürfen. Dies bedeutet bei einfacher Rechnung, dass selbst im Falle eines ausgeglichenen Ergebnishaushalts vor Start der Hessenkasse die eigenen 25 Euro je Einwohner⁹ und je nach Umlagegrundlagenquote weitere rund 25 Euro Kreisumlage zusätzlich finanziert werden müssen, um nur weiter einen ausgeglichenen Haushalt aufzuweisen.

Diese Befürchtungen werden zusätzlich genährt angesichts der Erwartung, dass die dauerhaft günstige konjunkturelle Lage sich nach aller Erfahrung eintrüben wird. Dies ist nicht unwahrscheinlich in den Startjahren der Hessenkasse zu Ende dieses Jahrzehnts oder zu Beginn der zwanziger Jahre. Diese Hessenkasse-Startjahre 2019 und 2020 sind zudem "wahlempfindlich". Realsteuererhöhungen und einschneidende Sparmaßnahmen werden nach aller Erfahrung in den Zeiten vor der Kommunalwahl im März 2021 in den Stadtverordnetenversammlungen kritisch betrachtet und nicht leicht durchzusetzen sein.

3.3.2. Landkreise profitieren in hohem Maß von der Hessenkasse

⁷ Siehe dazu unten Nr. 3.4.

⁸ Siehe unten 3.1.2.

⁹ Selbst wenn die Rechtsaufsicht davon ausgeht, dass die 25-Euro-Verpflichtung der Stadt als Tilgung im Finanzhaushalt abzubilden ist, muss diese Tilgungsleistung ja im Ergebnishaushalt erwirtschaftet werden.

Die Landkreise profitieren von der Hessenkasse in hohem Maß, zumal sie mit Ausnahme des Landkreises Fulda sämtlich Kassenkredite aufweisen, teilweise in eminenter Höhe.

Für nahezu alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden bedeutet dies: Sie müssen den Betrag von 25 Euro je Einwohner, den die Landkreise an die Hessenkasse überweisen müssen, über die Kreisumlage auf ihre Schultern packen. Die Sorge in den kreisangehörigen Kommunen ist daher groß, dass sie die gewaltige Schuldenlast, die sie für die Landkreise abzutragen haben, in ihren Haushalten nicht darstellen können. Dies gilt insbesondere deshalb, weil sie künftig im Falle struktureller Unterfinanzierung ein striktes Verbot haben, Kassenkredite einsetzen zu können.

Für die Landkreise ist die Hessenkasse bequem: Aus ihren Reihen haben sie keinen Solidaritätsbeitrag zu erbringen. Alle Landkreise profitieren aus der Hessenkasse mit Ausnahme des Landkreises Fulda, der keine Kassenkredite aufweist. Aber auch dieser einzige Landkreis ohne direkten Vorteil hat nicht wie eine große Zahl der Städtetags-Mitglieder ausschließlich einen finanziellen Nachteil aus der Hessenkasse hinzunehmen.

Die Beratungen der vergangenen Wochen, in der die Geschäftsstelle Kontakte mit vielen Kämmereien hatte, verdeutlicht Sorge über die massiv aufgehäuften Landkreis-Schulden: Entscheidungsmacht für die Entstehung der Schulden und Finanzverantwortung für den Schuldenausgleich fallen auseinander. Während sich die Landkreise die Beteiligung der Städte und Gemeinden an ihren Entscheidungen verbitten oder auf kleinster Flamme halten wollen, sehen sie es als selbstverständlich an, dass die Städte und Gemeinden Schulden der Landkreise in ihren Haushalten gegenfinanzieren und abtragen.

Es gehört zu den selbstverständlichen Forderungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, dass die Landkreise

- transparent darlegen müssen, welche Ersparnisse an Zins und Tilgung ihnen die Hessenkasse mit Blick auf ihre bisherigen Kassenkredite errechnen.
- nach Schuldenbereinigung mit dafür sorgen, dass sie ihrer Pflicht, Kassenkredite unter allen Umständen zu meiden, mittels äußerster Anstrengung und Sparsamkeit, nicht durch Erhöhung der Kreisumlage Genüge tun.

Die Rechtsaufsicht hat hier eine wichtige Aufgabe: Sie muss genau überwachen, dass die Landkreise die vorstehenden Positionen einhalten.¹⁰

¹⁰ Siehe dazu auch die Ausführungen unter Nr. 3.3.3

Die Städte und Gemeinden dürfen darauf hoffen, dass die Ersparnisse der Landkreise nach Wegfall ihrer Kassenkredite dazu führen werden, dass diese angesichts gegenzurechnender Schuldendienstesparnisse ihre Kreisumlage wegen der Zahlverpflichtung an die Hessenkasse deutlich geringer erhöhen als um 25 Euro je Kreiseinwohner. Ein womöglich kurioses Erscheinungsbild der ersten Jahre: Mutmaßlich wird die Belastung der Städte und Gemeinden durch die 25 Euro Zahlpflicht an die Hessenkasse in den Landkreisen höher ausfallen, die eine verhältnismäßig niedrige Kassenkreditschuld angehäuft haben: Bei ihnen werden die auf den 25-Euro-Betrag anzurechnenden Zinslasten niedriger sein als bei den hoch verschuldeten Landkreisen.

3.3.3 Größte Aufgabe wartet nach Bereinigung der Kassenkredite

Die Landesregierung hat unmissverständlich erklärt, den Kassenkredit künftig wieder auf seine Funktion als kurzfristigem Liquiditätskredit zurückzuführen und die Anforderungen an den Haushaltsausgleich auszuweiten. Dazu will sie das Gemeindehaushaltsrecht anpassen, also die Hessische Gemeindeordnung - HGO – und die hessische Gemeindehaushaltsverordnung – GemHVO.

Der Hessische Städtetag unterstützt dem Prinzip nach diese Haltung. Gleichzeitig unterschätzt er nicht, dass diese Ankündigung eine große Herausforderung markiert. Da keine Zweifel daran begründet sind, dass die Rechtsaufsicht diese Ankündigung mit aller Konsequenz in die Tat umsetzen wird, kann auf die kommunalen Haushalte ein Druck entstehen, der im Einzelfall sogar den Druck durch die Schutzschirmverträge übersteigen wird. Andererseits müssen wir aber auch zugeben: Zahlreiche der Mitglieder ohne eigene Kassenkreditverpflichtungen, die jetzt direkt oder indirekt zur Finanzierung der HESSENKASSE herangezogen werden, legen Wert darauf, dass die Rechtsaufsicht ihre Ankündigungen wahr werden lässt.

Für die kreisangehörigen Mitglieder verheißt ein konsequentes Vorgehen der Rechtsaufsicht zudem eine gewisse Zuversicht: Die Rechtsaufsicht hat angekündigt, ein wachsames Auge darauf zu haben, dass die Landkreise ihre durch die HESSENKASSE ergebenden Einsparungen beim Schuldendienst transparent werden lassen und an die umlagepflichtigen Städte und Gemeinden beim Blick auf die Kreisumlage anrechnen. Vor massiver Erhöhung der Kreisumlage sind die umlagepflichtigen Städte und Gemeinden

ferner dadurch geschützt, dass die Landkreise kräftige Zuweisungen bei den Schlüsselzuweisungen und nachhaltige Entlastungen des Bundes bei ihren sozialen Aufgaben nach SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende – erwarten dürfen.

3.4. Schmälerung der Finanzausgleichsmasse

Zu 7 Prozent, also 20 Mio. Euro jährlich oder 0,6 Mrd. Euro will die Landesregierung die kommunale Finanzausgleichsmasse zur Finanzierung der Hessenkasse heranziehen. Genau gesagt soll der sogenannte "Landesausgleichsstock" zur Finanzierung der Hessenkasse dienen. Die Landesregierung begründet dies auch damit, dass die Empfänger von Mitteln aus dem Landesausgleichsstock vielfach kongruent mit den Begünstigten aus der Hessenkasse seien und nun wegen der Entlastung durch die Hessenkasse künftig seltener Ansprüche anmelden müssten.¹¹

Auch wenn der "Landes"ausgleichsstock so genannt wird, ist er richtig eingeordnet ein kommunal finanzierter Finanzausgleichsstock. Seine Mittel entstammen ausschließlich der Finanzausgleichsmasse. Die Landesregierung hat das Privileg, diese Mittel nach eigenem Ermessen verteilen zu dürfen.

Ob der Bedarf der aus der Hessenkasse begünstigten Kommunen auf Förderung aus dem Landesausgleichsstock wirklich rapide abnimmt, steht dahin. Denn die Hessenkasse beseitigt zwar den langfristigen Strukturmangel städtischer Kassenkredite. Damit sind die Jetztzeit-Probleme aber nicht behoben, sondern durch die Tilgungspflicht von 25 Euro für die städtische und weitere Tilgungsverpflichtung auf die Landkreisschuld¹² womöglich eher noch erhöht.

Dennoch erscheint es sachgerecht, den Landesausgleichsstock zu einem gewissen Anteil zur Finanzierung der Hessenkasse heranzuziehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Landesregierung damit offenbar die Absicht verknüpft, den Topf künftig trotz seiner Inanspruchnahme für die Hessenkasse nicht zu Lasten der Finanzausgleichsmasse aufzustocken.

3.5. Anteil an der "fünften Milliarde" der Bundesmittel zur Kommunalentlastung

¹¹ Zahlreiche Mitgliedskämmereien haben bei den Tagungen im August 2017 darauf hingewiesen, dass Altanträge auf Leistungen aus dem Landesausgleichsstock, in den Jahren 2009 bis 2012 gestellt, noch immer nicht beschieden sind. Die Geschäftsstelle kümmert sich um das Thema.

¹² Siehe oben Nr. 3.1.1. und 3.1.2.

Die Einbeziehung der hessischen Mittel aus der "Fünften Milliarde" zur Entlastung der Kommunen durch den Bund – näher erläutert in der Fußnote¹³ – ist der geschickteste Schachzug aus Sicht des Landes im Kontext der Hessenkasse-Finanzierung.

Die Mittel aus der fünften Milliarde stehen dem Land ohnehin ausschließlich dazu zur Verfügung, diese an die Kommunen weiterzuleiten. Wie das Land die Mittel verteilen will, hatte es bis dato noch nicht entschieden. Da keine Kommune weiß, ob sie Mittel aus der Fünften Milliarde bekommen hätte, gibt es bei der nun vorgesehenen Verteilung auch keine präzisen Berechnungen für potentielle Verlierer!

Positiv zu bewerten ist zudem die Zusage von Finanzminister Dr. Schäfer: Sollte der Bund eines Tages sein Milliardenentlastungsprogramm nicht fortführen und entfielen deshalb die hessischen Mittel aus der „Fünften Milliarde“, wird das Land nach Aussage des Ministers den bisherigen hessischen Landesanteil an der "Fünften Milliarde" zur kommunalen Entlastung mit originärem Landesgeld bereitstellen. Diesen Betrag – für Hessen knapp 60 Mio. Euro/Jahr, also 1,8 Mrd. Euro in 30 Jahren – würde das Land dann übernehmen und damit sogleich als Landesbeitrag zur Hessenkasse garantieren. Der Landesanteil, den das Land zur Hessenkasse als solcher gibt, würde sich in diesem Fall folglich von 20 Prozent auf 40 Prozent erhöhen (siehe **Diagramm 4**).

¹³ Zur "Fünften Milliarde": Bekanntlich stellt der Bund den Kommunen in Deutschland ab 1.1.2018 jährlich 5 Mrd. Euro zu deren finanziellen Entlastung zur Verfügung. 4 Mrd. davon fließen direkt in städtische und gemeindliche kommunale Kassen, mehr als die Hälfte zur Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils, der Rest der 4 Mrd. als zusätzliche Unterstützung für die Aufgabe "Kosten der Unterkunft", welche die Kreise (kreisfreie Städte und Landkreise) zu erledigen haben. Die "fünfte Milliarde" fließt den Ländern zur Erhöhung ihres Umsatzsteueranteils zu – allerdings mit der eindeutigen Verpflichtung, die Mittel an die Kommunen weiterzuleiten. Den Ländern ist lediglich Ermessen eröffnet, welche Kommunen sie zu welchem Zweck mit diesen Mitteln ausstatten wollen.

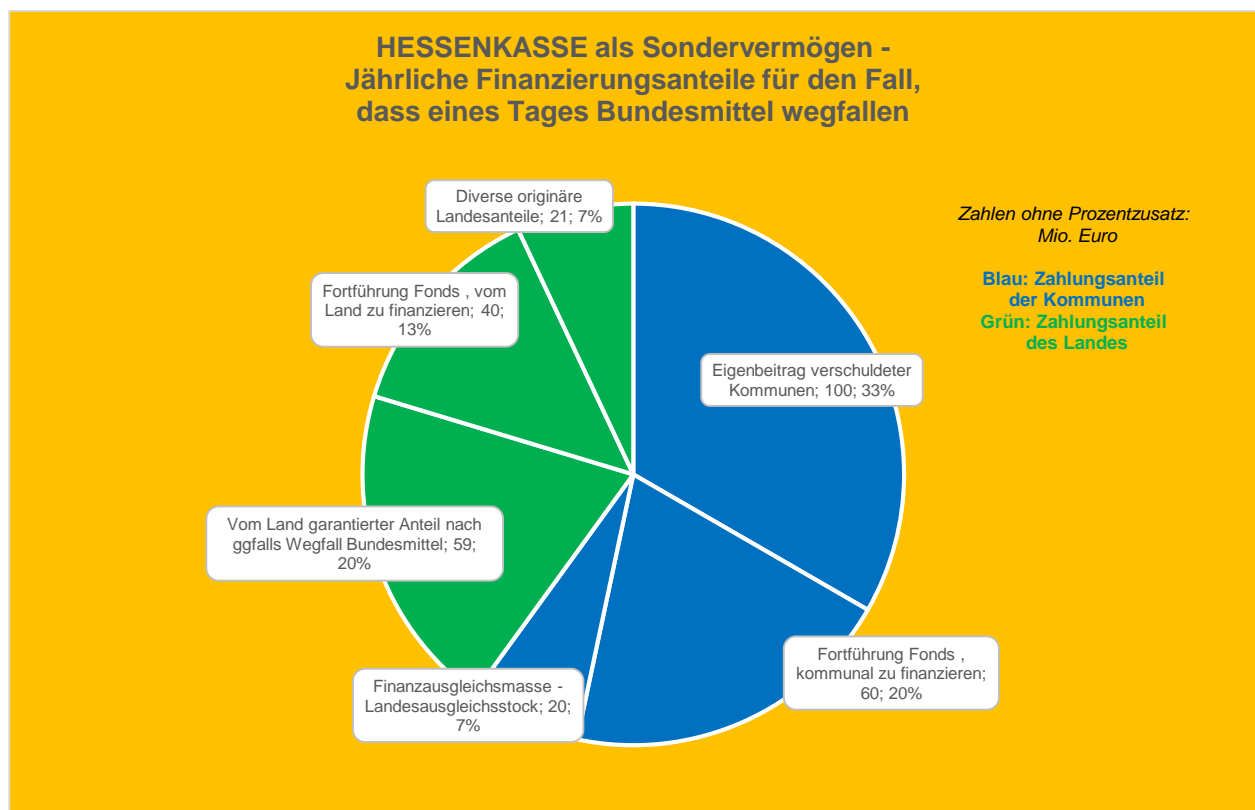


Diagramm 4: Quelle der Daten HMdF, Zeichnen des Diagramms HStT

Aus kommunaler Sicht ist der Verwendung der auf Hessen fallenden Mittel aus der "Fünften Milliarde" für Zwecke der HESSENKASSE zuzustimmen. Das Land ist allerdings aufzufordern, auf Bundesebene für einen höheren hessischen Anteil als die jetzt vorgesehenen 59 Mio. Euro zu kämpfen. Denn nach dem bei Verteilung kommunaler Mittel üblichen Königsteiner Schlüssel hätte Hessen Anspruch auf rund 75 Mio. Euro. Die deutlich geringere Summe kommt dadurch zustande, dass die Landesmittel an der Umsatzsteuer nach dem neuen Schema des Länderfinanzausgleichs an die finanzertagsschwächeren Länder abfließen. Angesichts der eindeutigen kommunalen Zweckbestimmung der Fünften Milliarde ist es aber sichtbar sachwidrig und bundesrechtlich änderungsbedürftig, dass diese Umsatzsteueranteile in den neuen Länderfinanzausgleich einbezogen werden.

3.6. Fortführung des Fonds Deutsche Einheit als Landesfonds Hessenkasse ab 1.1.2020

Ab 1.1.2020 will das Land zur Finanzierung der Hessenkasse den zum 31.12.2018 auslaufenden "Fonds Deutsche Einheit" als Landesfonds Hessenkasse¹⁴ fortführen. Im Ergebnis will das Land auf diese Weise die Solidarität mit dem Osten ersetzen durch eine innerhessische "Hessensolidarität". Da die Kommunen der "alten Länder" den Fonds Deutsche

¹⁴ Siehe FN 3

Einheit über die Gewerbesteuerumlage finanzieren, würde sich die Entwicklung auf der Zeitachse wie folgt darstellen:

Gewerbesteuerumlage	an Bund	an Land	an Fonds ¹⁵	Summe
2017	14,5	49,5	4,5	68,5
2018	14,5	49,5	4,0 oder 4,5	68,0 oder 68,5
2019 bundesweit	14,5	49,5	0	64
2019 Hessen	14,5	49,5	5?	69?
2020 bundesweit	14,5	20,5 ¹⁶	0	35
2020 Hessen	14,5	20,5¹⁷	5?	40?

Tabelle 6: Abbild von § 6 Gemeindefinanzreformgesetz, drittletzte und letzte Zeile Absicht der Landesregierung – offen.

Die Gewerbesteuerumlage ist als Finanzgrundlage für den Fonds Deutsche Einheit nach Bundesrecht ab 1.1.2019 auf "Null" gestellt. Absicht der Landesregierung ist es, die Mittel ab 1.1.2019 als "Landesfonds Hessenkasse" fortzuführen.

Gewerbesteuerumlage 2016 Hessische Städte und Gemeinden					
	Gewerbesteuerumlage 2016	4,5 Punkte Gewerbest.	HESSENKASSE	29 Punkte Gewerbest.	68,5 Punkte Gewerbest.
Kommunen	Jahressumme	4,5		29	68,5
Alle	5.071.444.917	55.535.286	60.000.000	357.894.068	845.370.470
Kreisfreie	2.588.499.651	25.629.426	27.689.883	165.167.414	390.136.822
Kreisang.	2.482.945.266	29.905.860	32.310.117	192.726.654	455.233.648
Kreisang. HStT	1.419.002.589	17.127.856	18.504.836	110.379.518	260.724.035
HStT	4.007.502.240	42.757.283	46.194.719	275.546.932	650.860.857
Prozent	79,02%	76,99%	76,99%	76,99%	76,99%

Tabelle 7: Quelle der Daten: Hessisches Statistisches Landesamt, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport; Zeichen der Tabelle: HStT

Dies können die hessischen Städte nicht akzeptieren!

Der Landesfonds hätte den Charakter einer "Solidaritätsumlage II", die allerdings gestaffelt nur nach Finanzertragskraft sämtliche Städte und Gemeinden erfasst. Städte, die überhaupt keinen Anspruch oder einen minimalen Anspruch auf den Schuldenschnitt der Hessenkasse haben, müssten erhebliche Mittel an Gewerbesteuerumlage aufbringen. Die Stadt Frankfurt am Main z.B. hätte etwa 18 Mio. Euro im Jahr aufzubringen, weit über eine halbe Milliarde im Zeitraum der 30 Jahre. Andere Städte müssten mehrfache Millionenbeträge in die Hessenkasse einzahlen, ohne einen Eurocent aus der Hessenkasse zu beziehen. Zwar legt das Land noch ein Investitionsprogramm als Belohnung für solche Gemeinden auf, die keine Kassenkredite aufweisen¹⁸. Dieses Programm wirkt aber nicht zu Gunsten sog. "finanzstarker" Kommunen, wie immer man dabei Finanzstärke definieren mag.

¹⁵ bis 31.12.2018 Fonds Dt. Einheit, ab 1.1.2019 Landesfonds Hessenkasse

¹⁶ Infrage gestellt durch die Hessische Landesregierung: Option auf alte Höhe von 49,5 in den Raum gestellt.

¹⁷ Wie FN 13

¹⁸ Dazu unten Kapitel 4.

Präsidium und Hauptausschuss des Hessischen Städtetages haben daher diesen Teil der Finanzierungsabsichten der Landesregierung abgelehnt. Die HESSENKASSE darf nicht mit Mitteln der Gewerbesteuerumlage in Fortführung des Fonds Deutsche Einheit finanziert werden.

4. Investitionshilfen für finanzschwache Kommunen

4.1. Das Investitionsprogramm als flankierende Maßnahme

Eine halbe Milliarde wird das Land an Investitionshilfen jenen finanz- und strukturschwachen Kommunen zuteilwerden lassen, die bis dato ohne Kassenkredite auskommen und daher von dem Entschuldungsprogramm nicht selbst profitieren.

Verglichen mit der Hessenkasse entspricht das Investitionsprogramm in seinem Volumen damit rund 5,6 Prozent der Hessenkasse. Vorausgesetzt ist bei dieser Rechnung, dass die Hessenkasse tatsächlich ein Volumen von 9 Mrd. Euro erreicht.

Den größten Anteil von rund 330 Mio. Euro an dem Investitionsprogramm will das Land originär aus eigenen Mitteln bereitstellen. Knapp 60 Mio. Euro sollen wohl aus den letztlich den Kommunen zustehenden Mitteln aus der 2018er-Rate der "fünften Milliarde" der Bundesmittel zur Entlastung der Kommunen stammen.

Weitere 110 Mio. Euro entnimmt das Land wohl aus einer Rücklage, die im Zusammenhang mit dem Hessischen Investitionsfonds entstanden ist. Der Investitionsfonds selbst wird dadurch nicht geschmälert.

Addiert man das Volumen der Hessenkasse und das Volumen des Investitionshilfeprogramms, so kommt man auf einen Gesamtbetrag von 9,5 Mrd. Euro. Davon trägt das Land 20 Prozent an der Hessenkasse, also 1,8 Mrd. Euro und zudem 330 Mio. Euro am Investitionsprogramm, insgesamt also 2,13 Mrd. Euro über 30 Jahre. Das ergibt einen Anteil am Gesamtprogramm Hessenkasse von knapp 22,5 Prozent (siehe dazu **Diagramm 5**).

Kommt es zu der Situation, dass der Bund seine Leistungen aus der „Fünften Milliarde“ nicht mehr gewährt und somit das Land mit originären eigenen Mitteln an die Stelle des Bundes tritt, erhöht sich der Landesanteil entsprechend (siehe dazu **Diagramm 6**). Das Diagramm 6 unterstellt beispielhaft den Fall, dass der Bund gegen Ende der zwanziger Jahre, also

nach 10 Jahren HESSENKASSE, seine Zahlungen aus der „Fünften Milliarde“ einstellen würde.

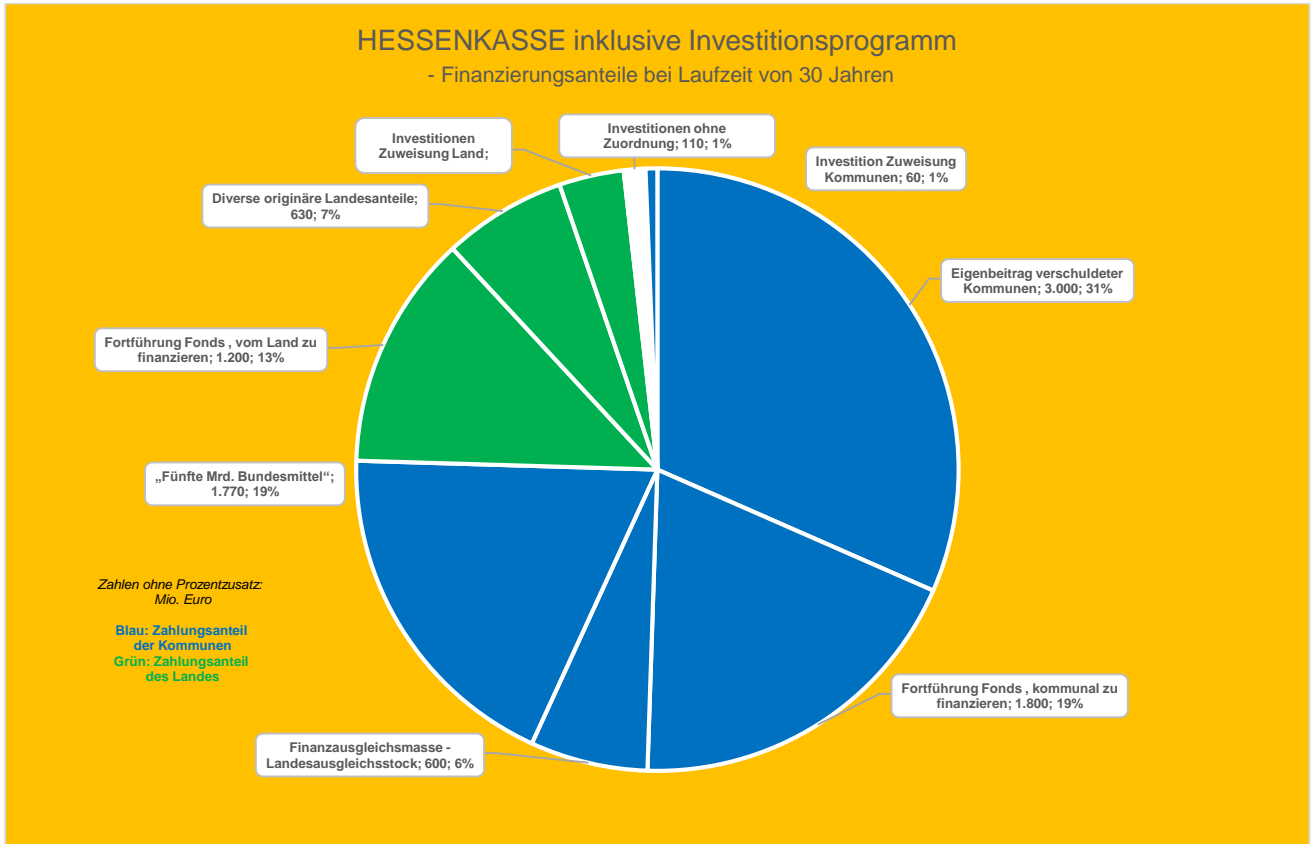


Diagramm 5: Quelle der Daten HMdF, Zeichnen des Diagramms HStT

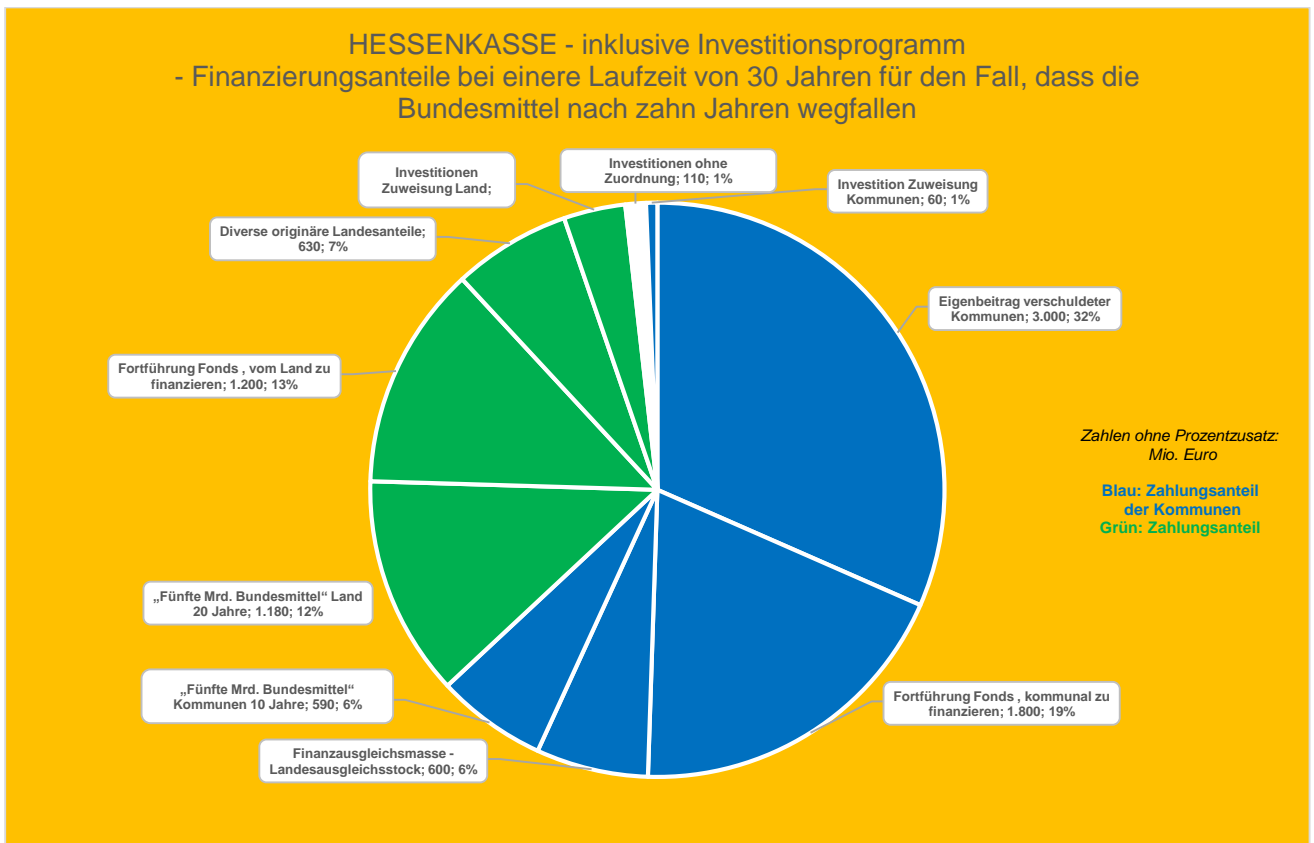


Diagramm 6: Quelle der Daten HMdF, Zeichnen des Diagramms HStT

4.2 Stabilität des 200-Mio.-Anteils für das Sondervermögen HESSENKASSE

Das Finanzministerium hat im September 2017 seine Position zur Finanzierung klargestellt. Es differenziert bezüglich des Sondervermögens HESSENKASSE zwischen der „Finanzierung aus dem Landeshaushalt“ und dem Eigenbeitrag der kassenkreditverschuldeten Kommunen. Dabei legt das Finanzministerium Wert darauf, dass es mit der Finanzierung „aus dem Landeshaushalt“ nicht in Frage stellt, dass auch hierbei in erheblichem Maß kommunale Mittel eingerechnet sind.¹⁹

Der Blick auf das Diagramm, das nun bewusst auch das Investitionsprogramm des Landes mit einbezieht, wird angesichts der zahlreichen Differenzierungen des Landes nun recht bunt und auch etwas kompliziert.

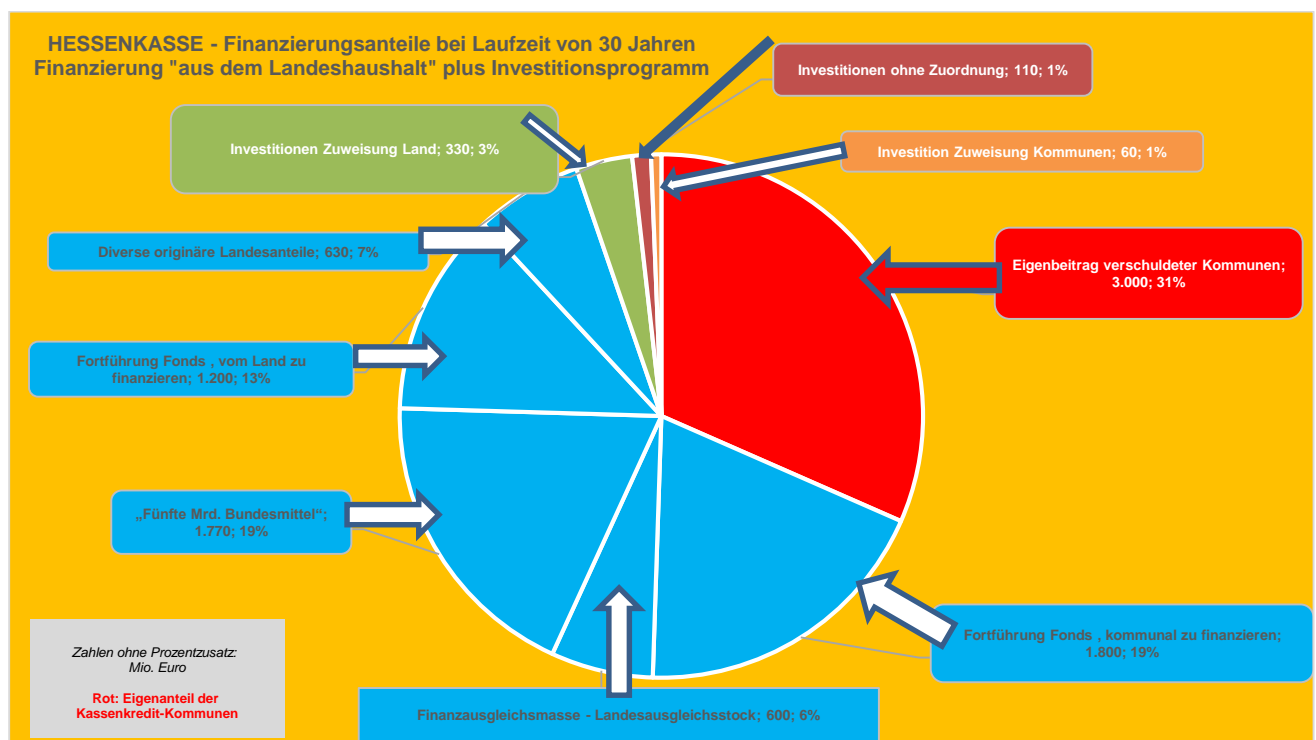


Diagramm 7: Quelle der Daten HMdF, Zeichnen des Diagramms HSfT

Die blauen Scheiben des Diagramms markieren den „Anteil aus dem Landeshaushalt“, die rote Scheibe steht für den Eigenbeitrag der kassenkreditverschuldeten Kommunen, die übrigen Scheiben markieren die unterschiedlichen Beiträge für das flankierende Investitionsprogramm.

¹⁹ Die Berechnung des Hessischen Städtetages, der zufolge sich diese 200 Mio. Euro zu 60 Mio. aus originärem Landesgeld und zu 140 Mio. Euro aus kommunalen Mitteln speisen, stellt das HMdF offensichtlich nicht in Frage.

Die eigentliche Überraschung in diesem Zusammenhang folgt aber daraus, dass das HMdF im September 2017 erklärt hat, der Anteil an der Finanzierung des Sondervermögens HESSENKASSE in Höhe von 200 Mio. Euro „aus dem Landeshaushalt“ sei stabil. Dies könnte man so deuten, dass bei einer Anerkennung eines unter 6 Mrd. Euro liegenden Kassenkreditvolumens sich ausschließlich der Eigenbeitrag der kassenkreditverschuldeten Kommunen reduziert. Hierzu besteht zu Mitte September 2017 noch Klärungs- und womöglich weiterer Diskussionsbedarf.

5. Position des Hessischen Städtetages zur HESSENKASSE

5.1. Vor der HESSENKASSE: Städtetag fordert Konsolidierungsprogramm

Aus Sicht des Hessischen Städtetages bestand im letzten Jahr 2016 bis ins erster Halbjahr 2017 wegen der Kassenkreditverschuldung der Mitglieder dringender Handlungsbedarf: Auf der einen Seite zeichnete sich ab, dass eine nicht unerhebliche Zahl der Städtetags-Mitglieder außerstande sind, ihren hohen Kassenkreditbestand ohne Hilfe von außen abzubauen. Gleichzeitig musste und muss man befürchten, dass die Zeit der günstigen Bedingungen für Kreditzinsen aus Schuldnersicht zur Neige gehen wird.

Angesichts dieser Voraussetzungen hatte der Hessische Städtetag seine Forderungen in Richtung Landespolitik mit dem Ziel formuliert, die kassenkreditnehmenden Kommunen zu unterstützen.

Der Hessischen Städtetag wollte, dass das Land mit diesem Ziel

- die derzeit noch günstige Zinslage nutzt, um das ungeheure Schuldenvolumen von 6 Mrd. Euro langfristig zinsgünstig zurückzufahren.
- vor allem den Kommunen hilft, die sich aus eigener Kraft nicht aus ihrer hohen Schuldenlast befreien können.
- sich selbst mit eigenen Mitteln an der Schuldentilgung beteiligt.

5.2 Aktuelle Position des Hessischen Städtetages zur HESSENKASSE

Präsidium und Hauptausschuss anerkennen im Prinzip, dass das Land mit seinem Projekt HESSENKASSE wesentlichen Wünschen und Forderungen des Hessischen Städtetages nachkommt. Das Projekt wirft aber eine Unzahl zu klärender Detailprobleme auf.

Die Spitzengremien sind daher nicht in allen Punkten mit den Vorstellungen des Landes einig.

Sie befürworten nach Beschluss in ihrer Sitzung am 14.09.2017 in Rüsselsheim den Schuldenschnitt durch das Modell Hessenkasse unter nachstehenden Maßgaben.

1. Der Finanzierung aus kommunalen Mitteln zu 60 Prozent ist zuzustimmen (Eigenbeitrag der kassenkreditnehmenden Kommunen, Landesausgleichsstock, Hessenmittel aus der "fünften Milliarde" des Bundes, letztere unter der Voraussetzung, dass das Land mit eigenen Mitteln eintritt, sollten Bundesmittel nicht mehr fließen).
2. Die Finanzierung eines "Hessenkasse-Landesfonds" in Fortsetzung des zum 31.12.2019 auslaufenden "Fonds Deutsche Einheit" mit kommunalen Mitteln ist abzulehnen.
3. Von der Rechtsaufsicht ist zu fordern, dass die Landkreise ihre durch die Hessenkasse ersparten Aufwendungen auch ihren kreisangehörigen Städten und Gemeinden transparent belegen müssen.